



Nr. 9/18 | 18.3.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur Lage in der Ukraine
2. Sicherung der Parlamentsrechte bei Auslandseinsätzen
3. Relevantes aus Mannheim und der Region
4. Ankündigung

1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur Lage in der Ukraine

In ihrer Regierungserklärung sprach Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nach dem EU-Sondergipfel über eine gemeinsame europäische Antwort auf die Lage in der Ukraine. Sie würdigte den Frieden, in dem wir in Europa seit über einem halben Jahrhundert leben dürfen. Sie erinnerte in ihrer Rede an die Verantwortung, die vor allem die großen Länder dieser globalisierten Welt tragen, um Frieden zu sichern. Sie kritisierte Russland, die internationale Stabilität zu gefährden. "In einer Phase großer Unsicherheit in der Ukraine hat sich Russland nicht als Partner für Stabilität in dem mit ihm historisch, kulturell und wirtschaftlich eng verbundenen Nachbarland erwiesen, sondern nutzt dessen gegebene Schwäche aus", so die Bundeskanzlerin. Das Recht des Stärkeren werde gegen die Stärke des Rechts gestellt, einseitige geopolitische Interessen über Verständigung und Kooperation, sagte Merkel weiter. Russland verletze die staatliche Einheit der Ukraine. Die territoriale Integrität der Ukraine stehe für sie aber nicht zur Disposition - und auch nicht die Georgiens oder der Republik Moldau. Sie warf Russland einen "eindeutigen Bruch grundlegender völkerrechtlicher Prinzipien" vor. Bundeskanzlerin Merkel betonte ausdrücklich, daß diese Krise nicht mit militärischen Mitteln zu bekämpfen sei. „Militärisch ist der Konflikt nicht zu lösen. Ich sage allen Menschen, die Angst und Sorge haben: Militärisches Vorgehen ist keine Option für uns“, sagte sie im Deutschen Bundestag. Bundeskanzlerin Merkel forderte in ihrer Regierungserklärung Russland zum Einlenken auf. Heute könnten Konflikte nicht wie im 19. oder 20. Jahrhundert gelöst werden, „nur, wenn wir ihnen mit den Prinzipien und Mitteln unserer Zeit, des 21. Jahrhunderts begegnen“ sei eine langfristige Lösung möglich. Wichtig sei jetzt eine Einigung auf einen "politisch-diplomatischen Weg aus der Krise". So müsse es eine internationale Beobachtermission und eine Kontaktgruppe geben. Sie stellte auch wirtschaftliche Hilfen für die Ukraine in Aussicht. Die EU-Politik gegenüber dem Land sei gegen niemanden gerichtet, auch Russland könne davon profitieren. Sollte Russland nicht sehr bald "auf den Weg des Rechts und der Zusammenarbeit" zurückkehren, könne dies dem Land politisch und wirtschaftlich schaden. Zusätzlich etwa zur Unterbrechung der Verhandlungen über ein Visa-Abkommen seien dann Einreiseperrren, Kontosperrungen und eine Absage des EU-Russland-Gipfels geplant. Als Eskalationsstufe gebe es auch wirtschaftliche Sanktionen, die erhoben werden können. "Niemand wünscht sich das, aber wir wären zu ihnen bereit und entschlossen, falls sie unumgänglich werden", so Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel weiter.

2. Sicherung der Parlamentsrechte bei Auslandseinsätzen

Auf Antrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD soll eine Kommission eingesetzt werden, die prüfen soll, wie Parlamentsrechte zum Einsatz der Bundeswehr trotz einer fortschreitenden Bündnisintegration gesichert werden können. Die Einsetzung dieser „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ wurde bereits im Koalitionsvertrag vereinbart. Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss zur weiteren Beratung weitergeleitet.

3. Relevantes aus Mannheim und der Region

Besuch beim Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog e.V.

Am 25. Februar traf ich den Vorstand des Mannheimer Instituts für Integration und interreligiösen Dialog e.V. in der Yavuz Sultan Selim Moschee. Ich habe mich darüber informiert, wie der muslimische Verein sich um das Miteinander der Kulturen in Mannheim bemüht. Mit CDU-Stadträtin Regina Trösch und SPD-Stadtrat Ulrich Schäfer, die beide an dem Gespräch teilnahmen, gibt es zwei Christen im Vorstand, die sich für gelebte Interkulturalität einsetzen.

Für den Institutsvorsitzenden Talat Kamran und den Vorsitzenden des Moschee-Vereins, Bilal Dönmez, ist es wichtig, die Moschee als besucherfreundliche offene Einrichtung für alle zu präsentieren. Beispiel für die Offenheit ist, dass Besucherinnen keine Kopfbedeckung tragen müssen, weil dies in der deutschen Kultur nicht üblich ist, aber auch keine Vorschrift im Koran sei. Die Moschee soll für alle Mannheimer erlebbar sein und genauso wie die Jesuitenkirche oder die Synagoge als ganz normaler Teil der Stadt angesehen werden, so Kamran. „Es würde mich freuen, wenn die Mannheimer von „unserer“ Moschee sprechen würden, genau wie wir von „unserer“ Synagoge oder „unserer“ Jesuitenkirche sprechen“, erklärte Bilal Dönmez.

Beeindruckt war ich von der ehrenamtlichen islamischen Notfallseelsorge und der Seelsorge in Krankenhäusern, deren Ausbildung das Institut ebenfalls übernimmt. Seelsorger Ismail Hakki Cakir berichtete über die Herausforderungen islamischer Seelsorge an Krankenhäusern im Rhein-Neckar-Raum. „Viele der Patienten sind muslimischen Glaubens und brauchen eine professionelle islamische Seelsorge, das ist aber nicht immer einfach, weil in den Kliniken entsprechende Räume fehlen“, so Cakir.

4. Ankündigung

Im Rahmen meiner Veranstaltungsreihe „Die Ziele der Großen Koalition“ lade ich am Sonntag, dem 16. März 2014, um 11 Uhr im Rahmen eines Frühschoppens in das Grillrestaurant Sportpark in der Boehringerstraße 5 in 681307 Mannheim ein.

Ich werde über den Mindestlohn, die Rente mit 63, die Mütterrente, die Vorhaben im Bereich von Gesundheit und Pflege, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über Gleichstellung und Integration oder über die Energiewende sprechen. Auch die Anliegen Mannheims und der Metropolregion an den Bund will ich thematisieren. Vor allem möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit geben, ihre Anregungen und Fragen vorzutragen, um sie an die politischen Verantwortlichen in Berlin weiterzuleiten.

Die nächsten Veranstaltungen finden statt am:

- 5. April 2014
- 28. April 2014
- 23. Mai 2014
- 6. Juni 2014



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de